

Memeler Dampfboot.

„Memeler- und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 3 Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark.
Für Ausland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit
20 R.-Pf. berechnet.

Reclamen pro 1paltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,
sind spätestens bis Nachmittag 2 Uhr
einzuliefern,
Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

N^o 149.

Memel, Sonnabend, den 29. Juni.

1878.

Die liberalen Wähler werden hiermit ersucht, sich

Sonnabend, den 29. Juni 1878, Abends 7 1/2 Uhr,

im Saale der Börse recht zahlreich einzufinden, um über die Aufstellung eines Candidaten für die bevorstehende Reichstagswahl zu berathen.
Memel, den 26. Juni 1878.

Das liberale Wahlcomité.

Henry Frentzel-Beyme. Karl Frentzel-Beyme. Gessner, Rechtsanwalt. E. König. Loesché. Pohlentz. Dr. Rulf. Ruffmann. Schemm. O. Wolf. Zacher. Fehre-Plücken. Frentzel-Beyme-Coralischen. Lucke-Schmelz. Dr. Labes-Pröfuss. Morgen-Friedrichsgnade. Michaelsen-Epighut. Ristow-Rieffen. Schlick-Grubbeifen.

Beim bevorstehenden Quartalwechsel bitten wir unsere geehrten Abonnenten, das **Abonnement** auf das **„Memeler Dampfboot“** rechtzeitig erneuern zu wollen.

Der Abonnementspreis beträgt am Orte incl. Botenlohn sowie bei allen Kaiserl. Deutschen Postämtern 3 1/2 Mark pro Quartal, beim Abholen aus unserer Expedition 3 Mark, für Rußland bei den dortigen Kaiserl. Postanstalten 3 Rubel pro halbes Jahr.

Die Expedition.

Tages-Chronik.

Den 29., Vorm. 11 Uhr, auf dem Kreisgerichte Termin in der Hauptmann Heydenreich'schen Concursache; Nachm. 4 Uhr, bei Rechtsanwalt Gessner Verpachtung der Bürgerfelder A I Nr. 76. 77.; Abends 7 1/2 Uhr, in der Börse Wählerversammlung.

Abrechnung mit der Ostpreussischen Zeitung.

Wenn die „Ostpr. Ztg.“ nicht dem fortschrittlichen Standpunkte angehört, so hat kein Mensch ein Recht, sie deswegen zur Rede zu stellen; sie vertritt ihre Partei, wie wir die unsere vertreten: allein wenn sie dem „fortschrittlichen“ Richter seine Gesinnung zum Vorwurfe macht, weil „ein Richter ex natura rerum nicht innerhalb der sogenannten Fortschrittspartei stehen kann,“ so ist das eine Gemeinheit der Auffassung, von welcher man sich mit Ekel abwendet. Also weil er ein „richterlicher Beamter“ ist, weil er „im Namen des Königs Recht spricht,“ soll er seine wohlverworbene und wohlbegründete, auf innerster Herzensüberzeugung beruhende Gesinnung auf den Knien abzuwerfen müssen, mit dem freilich sagenhaften Worte des Galilei, als er die Bewegung der Erde abzuwerfen mußte, auf den Lippen, oder als reservatio mentalis im Herzen: „Eppur si muove!“ „Sie bewegt sich doch!“ „Ich bin doch fortschrittlich, wie die Erde, auf der ich wohne!“ Hat die genannte Zeitung auch nur eine Ahnung von Berth und Würde des Richter-Amtes, so muß sie selbst die bodenlose Gemeinheit empfinden, einem Richter eine reservatio mentalis (Gedankenvorbehalt) zuzumuthen. Ein Richter, dem man eine solche Reservation, zumuthen dürfte, wäre allerdings nicht mehr würdig, „im Namen des Königs“ Recht zu sprechen. „Im Wahlkreise Memel-Heydenkrug,“ so sagt die Zeitung wörtlich, „stellt die Oppositionspartei, die sogen. Fortschrittspartei, den Königlichen Kreisgerichtsrath Grünhagen als Candidaten auf, während die gemäßigte und conservative Partei an der Candidatur des bisherigen Abgeordneten Feldmarschall Graf Moltke festhalten wird.“

Vorher ist gesagt:

„Wir kommen auf diese beklagenswerthe Erscheinung noch einmal zu sprechen, weil sich in unserer Provinz bei den bevorstehenden Wahlen abermals das seltene Schauspiel vollziehen wird, daß sich als Wahlcandidaten ein Königlich richterlicher Beamter und ein Königlicher Feldmarschall gegenüberstehen werden.“

Hat sich der betreffende Scribent, als er das niederschrieb, auch klar gemacht, daß er sich eines crimen laese majestatis (Majestätsbeleidigung) schuldig gemacht? Ist das „Königlich“ vielleicht weniger werth vor dem Namen des Richters, wie vor dem Namen des Feldmarschalls? Wir haben in Preußen allerdings noch eine gar vielfach

abgestufte Rangordnung; allein sobald das Wort „Königlich“ dem Namen sich anfügt, da sind Alle gleich, einen höheren Rang und Titel als „Königlich“ giebt es nicht. Und was die „Ostpr. Ztg.“ davon auch denken möge, wir sind so stolz, uns selbst diesen Rang und Titel beizulegen, indem wir uns als „Königlich-Preussische Unterthanen“ bezeichnen und uns auf diese Weise dem Minister und Feldmarschall gleichstellen.

Aber es kommt noch viel besser: — „daß es in unserm Vaterlande überhaupt möglich ist, einen Königlichen Civilbeamten gegen einen Königlichen Militair von so hoher Begabung als Candidat der Oppositionspartei auftreten zu sehen, das ist eine gar traurige Illustration unserer inneren Zustände.“

Sollte man nicht wäuen, Derjenige, welcher dies niedergeschrieben, müsse eben dem Zrennhaus entsprungen sein? Also der Civilist soll, wo er als Candidat für die Volksvertretung sich einem Militair gegenüberbefindet, zurüdtreten müssen? Und in demselben Athem erzählt uns der Schreiber, daß eine Vereidigung des Heeres auf die Verfassung gar nicht stattfindet, daß somit im Grunde genommen, der Militair weder wählen noch gewählt werden dürfte.

Aber auch was Fähigkeit und Tauglichkeit zur Volksvertretung betrifft, sollte man lieber wünschen, daß auch nicht eine einzige Militairperson daselbst Sitz und Stimme hätte. Daß überhaupt ein Civil- und nun gar ein juristisch gebildeter Civilbeamter hundertmal mehr von den Materien, welche im Reichstage verhandelt werden, versteht, als der Militairbeamte, und wäre derselbe selbst von der Befähigung und den Verdiensten eines Grafen Moltke, kann nur derjenige bezweifeln, der so befangen oder so bornirt ist, wie jener Schreiber in der „Ostpr. Ztg.“ Militairfachen sind ja der Besugnis der Volksvertretung entzogen und unterstehen einer ganz andern Legislative. Der Reichstag hat sich mit denselben nur dann zu befassen, wenn es heißt, hiezu die erforderlichen, nicht ganz geringen, Geldmittel zu bewilligen. Zu den Geldbewilligungen zu militairischen Zwecken gehört aber weniger Fachkenntniß, als vielmehr zu wissen und sich klar zu machen, wie weit die Steuerkraft des Volkes reicht, ferner — sein Budgetrecht zu wahren, zu handhaben und zu verteidigen. Um Beides kümmert sich der Militair, wenn es die eigene Sache betrifft, auch nicht die Bohne und Probe. Ueberhaupt wird die Abstimmung des Militairs in der Volksvertretung sich stets nur darnach richten, wie gerade der Tagesbefehl lautet, ja sein ganzes politisches Verhalten wird sich nach dem jeweiligen Commandowort richten: Rechtszum kehrt! Links zum kehrt!

Daß die betr. Zeitung für Absehbareit und „Entfernbareit“ der richterlichen Beamten eifert und geifert, darüber wollen wir kein Wort weiter verlieren, das gehörte von jeher zu den eifrigst verfolgten Parteidoctrinen. Widerwärtig, erbärmlich, gemein erscheint uns ihr Standpunkt erst, wenn wir ihre Auffassung bezüglich des Auflösungsrechtes der Regierung und der Opposition der Abgeordneten kennen lernen.

Die Reichsregierung löst den Reichstag auf, weil sie die Opposition der Majorität nicht länger ertragen und „statt der bisherigen oppositionellen Männer solche Elemente in den Reichstag gewählt zu sehen wünscht, welche der Reichsregierung ihre volle Unterstützung angedeihen lassen wollen.“ Da haben wir selbst eine viel höhere und bessere Meinung von unserer Reichsregierung, wie von dem Manne, der an der Spitze derselben sich befindet. Wir trauen der Regierung so viel Gewissenhaftigkeit zu, daß sie nicht aus Mergel über die Opposition, nicht aus bloßer Laune zur Auflösung schreitet, sondern

weil sie glaubt, daß die zeitweilige Majorität der Kammer nicht mehr der Majorität im Volke entspreche und hofft, durch die Auflösung eine ihren wohlgemeinten Absichten entsprechendere Kammermajorität zu erhalten. Offenbar hat die Zeitung gemeint, ihren eigenen gemeinen Standpunkt auch der Regierung unterschieben zu können.

Welch eine Auffassung mag aber solch eine Beschränktheit von Berth und Wesen der Opposition haben? Offenbar verwechselt sie in ihrer Dummheit Opposition mit Gegnerschaft, mit Feindschaft. Kann nicht auch Opposition in der besten Absicht, aus innigster Unhänglichkeit und Ergebenheit stattfinden? Wer ist mein wahrer Freund, der mir opponirt, wenn er mich im Unrechte wähnt, oder der mir aus Schmeichelei oder aus sonst einer andern verwerflichen Absicht in allem Recht giebt? Und ein Richter, der in bester Absicht der Regierung Opposition macht, soll durch „Jurdispositionsstellung“ bestraft werden? Wie würde man einen Menschen bezeichnen, der einen guten Freund, welcher ihm nicht in Allem Recht giebt, zur Treppe hinunterwirft? Und ein Richter sollte der Regierung, die er im Unrechte glaubt, nicht Opposition machen? Nein, er wäre bei Gott! nicht würdig, „im Namen des Königs“ Recht zu sprechen, wenn er nicht der Regierung, die doch auch nur aus selbstbaren Menschen besteht, Opposition zu machen das Herz hätte. Ja, dann hätte der Richter den Eid der unwandelbaren Treue, welche er seinem Könige geleistet hat, in der That gebrochen, wenn er gegen die Regierung nicht in Opposition träte, von welcher er überzeugt zu sein glaubt, daß sie den König in einem oder dem andern Falle nicht dem Rechte nach berathe. Und nicht nur das Volk, sondern selbst die Regierung, selbst sein König wird ihm dafür nur Dank wissen.

Opposition! Ist eine Volksvertretung auch nur denkbar ohne Opposition? Eine Volksvertretung, die gar keine Opposition machen wollte, würde sich nach und nach selbst bei der Regierung so verächtlich machen, daß man sie mit einem Fußtritt zum Hause hinaus jagen würde, und etwas besseres wäre sie gewiß auch nicht werth. Was wäre eine Volksvertretung ohne Opposition, eine verächtliche Gemeinschaft, eine Tasagungsmaschine, ein Widerspruch in sich selbst. Wozu überhaupt eine Volksvertretung, welche zu allem, was die Regierung will, ja sagt, welche der Regierung in Allem Recht giebt? — Tausendmal besser alsdann gar keine Volksvertretung! Allein so viel Einsicht hat eine solche Zeitung und die Partei, welche sie vertritt, nicht. „Merket doch ihr Narren unter dem Volke, und ihr Thoren, wann wollt ihr klug werden?“

Soviel als Gegenrechnung für die „Ostpreussische Zeitung“. Wir fürchten, sie hat ihrer Partei, dem Grafen Moltke, sowie der Regierung mit ihrem Artikel einen schlechten Gefallen erwiesen, für welchen man ihr wenig Dank wissen wird. Damit aber der geneigte und ungeneigte Leser nicht denke, wir hätten die Worte der Zeitung verdreht, oder aus dem Zusammenhange gerissen, um demselben besser beikommen zu können, mag der betr. Artikel in der Beilage d. Bl. seinem vollen Wortlaute nach und mit allen feinen Eigenthümlichkeiten folgen. Man lese und urtheile!

Politische Abersicht.

r. Memel, den 28. Juni.

Die „Provinzial-Corresp.“ bringt zu den Wahlen nunmehr auch eine Art Regierungsprogramm. Da heißt es unter anderem: „Für die praktische Ausführung und die Wirksamkeit der betreffenden Bestimmungen werden in der neuen Vorlage, sowie durch anderweitige Schär-

ung einzelner Bestimmungen des Strafgesetzes ent- schiedene Bürgschaften zu sichern sein.“ In dem die Regierungen in der energischen Bekämpfung der Socialdemokratie eine Bedingung für die Wiederbelebung des öffentlichen Vertrauens und für einen neuen Aufschwung des gewerblichen und wirtschaftlichen Lebens der Nation erkennen, müssen sie von dem künftigen Reichstage auch eine bereitwillige und kräftige Unterstützung für die seit Jahren vorbereiteten Reformen auf dem gewerblichen und finanziellen Gebiete erwarten.“ Andererseits die überwiegende Heranziehung und Ausnutzung der dazu vorzugsweise geeigneten indirekten Steuern „brüdende Steuern zu beseitigen oder zu ermäßigen, oder dazu geeignete Steuern den Provinzen, Kreisen und Gemeinden ganz oder theilweise zu überlassen.“ „Die Regierungen können aber in allen diesen Beziehungen ihre Absichten für die Wohlfahrt und das Gedeihen des Volkes nur durchführen, wenn sie der willigen und entschlossenen Unterstützung einer festen Mehrheit im Reichstage gewiß sind. Möge das Deutsche Volk bei den bevorstehenden Wahlen dazu helfen, daß die künftige Mehrheit aus Männern bestehe, denen das aufrichtige und erfolgreiche Zusammenwirken mit den Regierungen nicht bloß unter den augenblicklichen außerordentlichen Umständen sondern auch bei den weiteren Arbeiten für eine gesunde politische und wirtschaftliche Entwicklung im Reiche ernst am Herzen liegt.“

Die Bulgarische Frage ist „im Principe“ gelöst. Vorgefunden machten die Verhandlungen des Congresses weitere Fortschritte in Erledigung der Details dieser besondere Schwierigkeiten darbietenden Angelegenheit und dürfte in der heutigen Sitzung definitiv zu Ende geführt worden sein. „Der Congress“ — so urtheilt der Temps — „wäre nicht mit relativer Leichtigkeit dahin gelangt, der capitales und so heiklen Bulgarischen Frage eine Lösung zu geben, welche man von beiden Seiten so bereitwillig annimmt, wenn in ihm ein feindseliger Geist gegen Rußland geherrscht hätte oder wenn auch nur die beiden Mächte, welche speciell mit Rußland zu unterhandeln hatten, von einem solchen Geiste beseelt gewesen wären. Nicht gegen Rußland hegt der Congress Feindschaft, sondern gegen den Vertrag von San Stefano. Sobald Rußland darin willigte, aus diesem Vertrage die Artikel zu streichen, die für die Mächte unannehmbar wären, konnte die Discussion ungehindert vorrücken, und eine freundschaftliche Lösung war möglich geworden. Den Vertrag von San Stefano läßt aber der Congress nicht zu, weil er in Wirklichkeit Constantinopel unter die mehr oder weniger verhäulte Herrschaft Rußlands bringen würde.“ Die nächste Aufgabe werde nun sein, die Rechte des Siegers auf ein billiges Maß zurückzuführen. Dies seien die leitenden Ideen der diplomatischen Welt in Berlin. Gestern und vorgestern tauchte in Berlin plötzlich die Nachricht auf Fürst Gortschakoff wolle den Congress verlassen. Derselbe soll durchaus nicht mit den Russischerseits an England gemachten Concessionen einverstanden sein. Ob er Berlin sofort verlassen, ob er noch hier verbleiben wird, hängt wesentlich davon ab, ob in den nächsten Tagen sein Befinden ihm die weite Reise gestattet. Jedenfalls ist des Fürsten Gortschakoff Rücktritt von dem Posten eines Congressbevollmächtigten, wenn sie sich bestätigen sollte, nicht durch seinen Gesundheitszustand veranlaßt. Begreiflicher Weise bildet in diplomatischen Kreisen dieser Rücktritt das Tagesgespräch. Bereits vorgestern Abend wurde bekannt, daß fortan Graf Schuwaloff erster, Baron Dubril zweiter und Herr v. Buteneff dritter Bevollmächtigter Rußlands sein wird. Herr von Buteneff ist telegraphisch berufen worden und vor drei Tagen von London eingetroffen. Er ist besonderer Favorit des Grafen Schuwaloff und erster Votschafts-Secretär (nicht Votschaftsrath; der erste Votschaftsrath Bartholemei ist übergangen worden) in London.

Eine unerwartete Nachricht wurde vorgestern Abend in Berliner diplomatischen Kreisen mit großer Ueberraschung aufgenommen. Aus Constantinopel angelegte telegraphische Mittheilungen wollen von Verhandlungen wissen, welche im Geheimen zwischen England und der Türkei gepflogen würden wegen Abtretung der Insel Cypern an England. Der Eindruck, den diese Ueberraschung hervorrief, soll ein höchst unangenehmer sein. Man spricht von einem sofort eingetretenen Depeschenwechsel und einer bevorstehenden energischen Einsprache der vor allen Dingen dadurch am nächsten berührten Mittelmeerstaaten, also Italien, Oesterreich und Frankreich. Die Pforte hat beschlossen, den aus dem Schwarzen Meere mit der Bestimmung nach San Stefano anlangenden Truppen oder Munition führenden Schiffen den Eintritt in den Bosphorus zu untersagen. Mit anderen Worten, die Pforte will der von Fiebern stark heimgesuchten Russischen Armee den Nachschub unterbinden. Möglicherweise ist auch die obige Meldung, bezüglich Cypers, nur ein diplomatischer Schreckschuß, ein Versuch, die Einigkeit der Mächte zu erschüttern.

Nachdem die Vorlage betreffend den Achtzigmillionen-kredit vorgestern auch vom kaiserlichen Oberhause angenommen worden, kann der vielumstrittene Oesterreichisch-Ungarische Finanzausgleich nunmehr als perfect gelten — ein bleibender Triumph für die staatsmännische Einsicht der Regierung. Am Freitag, spätestens Sonnabend, sollen die Ausgleichsgesetze insgesamt im Ungarischen Reichstage promulgirt werden; nur das Gesetz, betreffend die provisorische Verlängerung der Handelsverträge, soll schon früher in Kraft treten.

Deutsches Reich.

Berlin, 26. Juni. Ueber den Congress schreibt die heut ausgegebene „Prov. Corr.“: „Der Congress hat im Laufe der vergangenen Woche in seinen Arbeiten, Dank den eifrigen und einmüthigen Bemühungen der Vertreter aller Großstaaten, einen bedeutenden Schritt vorwärts gethan. Die schwierigste unter den Fragen, welche der Lösung durch den Congress unterliegen, die Frage der Gestalt der neu zu schaffenden Staaten auf der Balkanhalbinsel, namentlich des künftigen Bulgarischen Fürstenthums, ist nach vorgängiger vertraulicher Berathung und schließlich Verständigung unter den vorzugsweise beteiligten Mächten nunmehr im Congress selbst zu wesentlicher Vereinbarung und Feststellung gelangt. Der Geist allseitiger Mäßigung und entschieden feierlichen Willens, welcher die befriedigende Lösung dieser Aufgabe ermöglicht hat, verbürgt auch die nicht zu ferne volle Durchführung des großen Friedenswerks.“ — Soweit das offizielle Blatt. Der Verlauf der weiteren Verhandlungen bietet den deutlichen Beweis, daß die Arbeiter des Congresses nunmehr in vollem Fluß sind. Der gestrigen sechsten ist heute schon eine siebente Sitzung gefolgt und früh morgen ist auch schon die achte Plenarsitzung in Aussicht genommen — der deutlichste Beweis, daß die Stimmung eine günstige und das Entgegenkommen aller Mächte ein gemeinsames ist. Die Verhandlungen drehen sich immer noch um die Bulgarische Frage. Die Punkte, über welche ein Einverständnis herbeigeführt werden muß, sind zu zahlreich, um in so kurzer Zeit abgethan zu werden. Der Gegenstand, um den sich die Verhandlungen des gestrigen Tages dreht, bezog sich auf die Festungen. Außerem Vernehmen nach soll man dahin übereingekommen sein, daß sämtliche Donau-Festungen, wie auch die Festungen des Fürstenthums Bulgarien geschleift werden sollen. Für die Pforte ist damit also auch die Gefahr beseitigt, welche für ihren Rumelischen Besitz durch die Festungen Schumla und Warna erwachsen könnte. Ferner hat man bereits die Grenzen des Fürstenthums Bulgarien nach Süden, Osten und Norden hin festgelegt und nur wegen der an Serbien noch zu verweisenden Gebietsheile ist man noch nicht an die Feststellung der westlichen Grenze herangetreten. Die Feststellung ist jedoch nur in großen Umrissen erfolgt und werden die Details einer Europäischen Grenzregulierungs-Commission überlassen, zu welcher eine jede der Großmächte Mitglieder deputiren wird.

Das Befinden unseres Kaisers ist ein recht erfreuliches. Trotz der anhaltenden Hitze sind die Kräfte des hohen Patienten in stetem Wachsen und vermag derselbe bereits ohne jede Unterstützung als nur mit Hilfe eines Stuhles, auf welchen sich der Monarch mit dem linken Arm stützt, während er den rechten in einer Blechapsel ruht, im Zimmer umherzugehen. Die Freude, welche dieser Zustand des hohen Herrn hervorruft, ist eine allgemeine, und während man sonst an dem Eingang des Palais nach der Behrenstraße nur trübe Gesichter bemerkte, verläßt jetzt jeder fröhlichen Blickes das Palais. Auch der Kaiser ist über das Fortschreiten seiner Genesung sichtlich hoch erfreut, und sein Humor kommt täglich immer mehr zur Geltung.

Der „Hannov. Cour.“ hatte nach „zuverlässiger Quelle“ die Nachricht verbreitet, der Prinz Ernst August von Hannover habe den Titel „Herzog von Cumberland und Erbprinz von Braunschweig-Lüneburg“ angenommen. Nach der heutigen „Prov. Corr.“ hat er nur den Titel „Herzog von Cumberland“ angenommen, welche seine Vorfahren als Englische Prinzen führten.

Die Gebühren für die telegraphische Vorausbestellung von Droschken auf den hiesigen Bahnhöfen ist für alle hier einmündenden Bahnen von Einer Mark auf 50 Pfennige herabgesetzt.

Berlin, 26. Juni. Ueber den Zustand des Dr. Nobiling kursiren noch immer die widersprechendsten Nachrichten. Nach der einen soll Nobiling sich bereits in einem Stadium der Besserung befinden, daß seine Vernehmung schon in der nächsten Zeit mit Sicherheit zu erwarten ist; nach den andern soll er zwar auf einige an ihn gerichtete Fragen bereits Antwort gegeben haben, sein Zustand aber ein derartiger sein, daß eine gerichtliche Vernehmung von vornherein ausgeschlossen ist. Die neuesten Nachrichten stellen wiederum die günstigsten Erfolgs in Aussicht. Nobiling soll bereits so weit hergestellt sein, daß er die ihm gereichten Speisen mit großem Appetit verzehrt. Auch soll er für Alles, was um ihn vorgeht, ein großes Verständnis zeigen und sich mit seinen Wärtern wiederholt unterhalten haben. Gerichtlicherseits soll man demnach ihn für durchaus vernehmungsfähig halten, doch hätten die Aerzte bis jetzt entschieden gegen seine Vernehmung Einsprache erhoben. Inwiefern alle diese verschiedenen Nachrichten auf Wahrheit beruhen, wird sich ja bald herausstellen; inzwischen wird die Untersuchung, trotz ihrer Lückenhaftigkeit in der Hauptsache, ohne Rücksicht auf den Zustand des Attentäters ruhig weitergeführt, doch hat es zuverlässigen Mittheilungen zufolge bisher noch nicht gelingen wollen, die grauenvolle That des Verbrechers mit noch anderen Personen in Zusammenhang zu bringen. Am Dienstag Vormittag wurden die Mutter Nobilings, dessen Stiefvater und Schwester vom Untersuchungsrichter vernommen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 27. Juni. Der Kronprinz nahm vorgestern Vormittag um 11 Uhr im Neuen Palais den Vortrag des Chefs des Militär-Cabinetts entgegen, lehrte Nach-

mittags um 4 Uhr von Potsdam nach Berlin zurück und begab sich zu dem Kaiser. Abends 8 Uhr nahm er den Vortrag des Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, Grafen zu Stolberg-Bernigerode, und demnächst den Vortrag des Chefs der Admiralität entgegen und arbeitete von 9 1/2 Uhr ab mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck. — Der Prinz Friedrich Carl ist, laut telegraphischer Meldung mit seiner Tochter, der Prinzessin Luise Margarethe, vorgestern Abend in Windsor eingetroffen. — Der Kronprinz conferirte gestern Abends um 8 Uhr mit Stolberg, sodann mit Stosch, um 9 Uhr mit Bismarck. Der Großherzog von Baden reist heute Abends um 8 Uhr nach Karlsruhe zurück.

— [Berliner Börse vom 26. Juni.] Die heutige Börse behauptete bei mäßigem Geschäft die gestrigen Notirungen.

Posen, 26. Juni. Die „Ostdeutsche Zeitung“ läßt sich weiter aus Kalisch vom 25 d. melden, die am 23. ausgebrochene Revolte sei durch das Einschreiten des Militärs unterdrückt worden, der Gouverneur habe einen Tagesbefehl erlassen, wonach alle Läden am folgenden Tage geschlossen bleiben sollten und nicht mehr als drei Menschen aus der Straße zusammengehen dürfen. 80 Personen, darunter mehrere Geistliche, seien verhaftet, gegen 200 andere Personen seien zur Anzeige gebracht, welche alle vor das sofort eingefetzte Kriegsgericht gestellt werden würden.

— Wie die „Posener Zeitung“ meldet, ist die Russische Grenzstadt Wieruszaw fast gänzlich niedergebrannt.

— 27. Juni. Aus Kalisch wird soeben gemeldet: Die Verhaftungen dauern fort. Bis jetzt sind über 200 Personen, darunter 10 Geistliche, verhaftet. Die Straßen sind vom Militär abgesperrt. Es wird noch Militär erwartet, da weitere Unruhen befürchtet werden. Der verursachte Schaden wird auf 200,000 Rbl. geschätzt.

Wien, 26. Juni. Die „Polit. Correspond.“ veröffentlicht folgende Meldung aus Constantinopel von heute: Die Pforte hat beschlossen, den aus dem Schwarzen Meere mit der Bestimmung nach San Stefano anlangenden, Truppen oder Munition führenden Schiffen den Eintritt in den Bosphorus zu untersagen.

— 27. Juni. [Officiell.] Graf Carl Zaluski ist zum Oesterreich-Ungarischen Gesandten am Persischen Hofe ernannt. — Die Presse führt aus, daß durch die nunmehr vollzogene Umgestaltung der Oesterreichischen Nationalbank im dualistischen Sinne weder das wirtschaftliche Interesse Oesterreichs zu Gunsten Ungarns verfürzt, noch die ökonomischen Grundlagen der Monarchie in Frage gestellt werden. Die Bank ist ihrem Wesen nach die alte bewährte Nationalbank geblieben, obgleich sie nunmehr dualistisch functionirt.

Madrid, 26. Juni. Die Königin von Spanien ist heute gestorben.

— Die Leiche der Königin wird morgen öffentlich ausgestellt und Freitag nach der königlichen Begräbnisstätte im Escorial übergeführt werden. In den Kammern, welchen das Ableben der Königin mitgetheilt wurde, drückte der Präsident das allgemeine Bedauern über den unersehlichen Verlust aus. Die Sitzungen sind bis auf Weiteres aufgehoben. In Madrid herrscht große Niedergeschlagenheit.

Athen, 27. Juni. Die Türken concentriren sich in der Umgegend von Kanea. Die Verbindungen sind unterbrochen. Die Zahl der von den Türken niedergemetzelten Kretenser ist noch nicht festgestellt. Kein fremdes Schiff befindet sich augenblicklich in den Gewässern Kretas.

Constantinopel, 26. Juli. Es heißt hier, daß der Deutsche Botschafter, Prinz Reuß, Constantinopel sehr bald verlassen und noch im Juli seinen neuen Posten in Wien antreten werde. — Es verlautet hier, daß konfessionell die Schleifung sämtlicher Donau- und Bulgarischen Festungen beschlossen sei.

Congress-Nachrichten.

Berlin, 27. Juni. Die Bulgarische Frage ist erledigt. Der Congress hat eine Repartition zur Rückzahlung der Türkischen Schuld nach den Provinzen beschlossen. Bulgarien entrichtet den Tribut nicht der Pforte, sondern dem Gläubiger. Nach der Tilgung der Schuld fließt der Tribut wieder nach Constantinopel. — Die Rumänischen Minister sind officiell verständigt, Rumänien habe sich dem Congressbeschlusse der Retrocession Bessarabiens an Rußland zu fügen. Andernfalls bestimmt der Congress die Grenzen eines neuen unabhängigen Rumäniens. Bratiann protestirte. — Die Nachricht der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß Serbien und Montenegro zur directen Verständigung mit Oesterreich angewiesen seien, wird von Oesterreichischer Seite dementirt. — Es ist unrichtig, daß Gortschakoff den Congress verlassen wolle.

— Unter den wichtigen Beschlüssen, die in der vorgestrigen Sitzung vorbereitet, in der gestrigen gefaßt sind, steht der der Schleifung der Festungswerke von Warna und Schumla, sowie der anderen Donau-Festungen obenan. Es ist dies eine Revanche, welche Rußland der Türkei für die Einverleibung Sofia's in Nordbulgarien giebt. Die Türkischen Delegirten, die sich sonst fast allen bisherigen Beschlüssen gegenüber negirend verhielten, haben das Protokoll bezüglich der Demolirung der früheren stärksten Festungen der Türkei sofort unterschrieben.

— Die nächste Sitzung des Congresses findet bereits heute statt.

— Man theilt als verbürgt mit, daß Fürst Gort-

Beilage zu No. 149. des Memeler Dampfboots. „Memeler- und Grenz-Zeitung.“

Sonnabend, den 29. Juni 1878.

Fortschrittliche Richter.

Wir haben bereits mehrfach Gelegenheit gehabt, den beklagenswerthen Einfluß zu erörtern, den „fortschrittliche“ Richter — die Bezeichnung „fortschrittliche“ mag sich allerdings bei königlichen Beamten wunderbar genug anhören — auf die Bevölkerung, namentlich wenn politische Wahlen bevorstehen, ausüben und wir können nicht oft genug auf diesen Gegenstand zurückkommen, weil es uns geradezu sonderbar erscheinen will, daß einem richterlichen Beamten die offene Opposition gegen die Intentionen des königlichen Staatsministeriums gestattet sein soll. Die Folgen einer solchen Duldung sind sehr leicht übersehbar. Die Bevölkerung sieht und hört den Richter in seinem amtlichen Wirkungskreise „im Namen des Königs“ Recht sprechen und die Ansichten derselben müssen in betrübender Weise verwirrt werden, wenn sie solche Beamte von den Gegnern der königlichen Staatsregierung als Wahlkandidaten auf den Schild erhoben sieht, weil die Annahme entschiedene Berechtigung besitzt, daß ein Richter ex natura rerum nicht innerhalb der sogenannten Fortschrittspartei stehen kann.

Und doch rekrutirt sich ein erheblicher Theil der Kandidaten der letzteren aus dem Richterstande, eine Erscheinung, die außer Deutschland wohl nur wenige Staaten aufzuweisen haben.

Wir kommen auf diese beklagenswerthe Erscheinung heute noch einmal zu sprechen, weil sich in unserer Provinz bei den bevorstehenden Wahlen abermals das seltene Schauspiel vollziehen wird, daß sich als Wahlkandidaten ein königlicher richterlicher Beamter und ein königlicher Feldmarschall gegenüberstehen werden.

Im Wahlkreise Memel-Heydekrug stellt die Oppositionspartei, die sogenannte Fortschrittspartei, den königlichen Kreisgerichtsrath Grünhagen als Kandidaten auf, während die gemäßigte und konservative Partei an der Kandidatur des bisherigen Abgeordneten, Feldmarschall Graf Moltke, festhalten wird.

Trotzdem also in unzweideutiger Weise nach der in Folge des betrieblenden Attentats vom 2. Juni verfügten Auflösung des Reichstages an maßgebender Stelle ganz besonders betont worden, daß es sich bei der bevorstehenden Neuwahl für die Reichsregierung darum handelt, statt der bisherigen oppositionellen Männer solche Elemente in den Reichstag gewählt zu sehen, welche der Reichsregierung ihre volle Unterstützung angebeihen lassen wollen, die fortschrittlichen Abgeordneten sich zu einer solchen Unterstützung aber bisher nicht herbeigelassen haben — tritt nun doch dem bewährten bisherigen Deputirten für Memel-Heydekrug, einem der größten Männer unseres Vaterlandes, dem Feldmarschall Grafen Moltke, daselbst ein königlicher Kreisgerichtsrath als Kandidat der Fortschrittspartei im bevorstehenden Wahlkampfe gegenüber!

Wahrlich, ein ergötzliches Schauspiel, wenn es nicht einen so furchtbar ernstern Hintergrund hätte. Daß der erwähnte richterliche Beamte nicht gewählt wird, ist natürlich selbstverständlich, aber daß es in unserem Vaterlande überhaupt möglich ist einen königlichen Civilbeamten gegen einen königlichen Militair von so hoher Begabung als Kandidat der Oppositionspartei auftreten zu sehen, das ist eine gar traurige Illustration unserer inneren Zustände.

Nach Article 2 des Artikels 108 der Verfassung vom 31. Januar 1850 findet eine Vereidigung des Heeres auf die Verfassung nicht statt. Dies ist nicht wunderbar oder unsäglich. Aber das ist unsäglich, daß es absolut unentfernbar Beamte giebt und daß solche Beamte ohne Weiteres in die Kammern eintreten und dort dem Souverän und seiner Regierung verfassungsmäßig Opposition machen dürfen!

Wenn wir diese Möglichkeit als unsäglich bezeichnen, so giebt es in unseren Augen auch nur ein Schutzmittel für die Krone, gegenüber einem oppositionellen Beamtenthum und dieses ist: Aufhebung des Prinzips der Unentfernbarkeit der Beamten.

Jedenfalls würden ganz andere Zustände bei uns Platz greifen, wenn — wie beim Militär — in den betreffenden Fällen eine Jurdispositionstellung eintreten würde. Unserer Ansicht nach verträgt es sich wenigstens keineswegs mit der Stellung eines königlichen oder kaiserlichen Beamten — sei er nun Verwaltung- oder richterlicher Beamter — sich von einer politischen Partei in eine gesetzgebende Körperschaft wählen zu lassen, welcher die Opposition gegen die Staatsregierung eigen ist und in einem selbst auf konstitutionellen Grundlagen ruhenden Staate, sollte es keinem Beamten gestattet sein, der ihm vorgelegten Staatsregierung, die ihn in sein Amt eingesetzt hat, beliebig Opposition machen zu dürfen.

Und nun gar ein richterlicher Beamter!

Was soll das Volk, welches doch unausgesetzt über die Souveränität und Majestät des Königs, durch welchen der Staat erst seine Persönlichkeit er-

hält und eine von Gott gewollte Ordnung wird, belehrt werden müßte, dazu sagen, was für einen Begriff soll es sich von Recht, Rechtsleben und Rechtsprechung im eigenen Staate machen, wenn es, wie schon erwähnt, von einem königlichen Beamten „im Namen des Königs“ Recht sprechen sieht, der zugleich in einer gesetzgebenden Körperschaft die Grundzüge der Partei der „allergetreuesten Opposition Er. Majestät des Königs“ vertritt, eben desselben Königs, dem er, wie jeder andere Beamte den Eid der unwandelbaren Treue geleistet hat?!

Eine beklagenswerthe Begriffsverwirrung in der Bevölkerung muß die nächste Folge sein und daher ist unbedingt auch auf diesem Gebiete die bessernde Hand anzulegen.

Db. Pariser Weltausstellung.

XIV.

Der Senf nicht nach dem Essen. — Wie er zubereitet wird. — Der glückbringende Stierkopf. — Centraleuropäische-Möbelindustrie. — Ein Kinderstuhl. — Musterungen.

Die Weltausstellung ist eine große Schule. Es scheint, daß diese Wahrheit jenseits der Vogesen noch lebhafter empfunden wird, als hier, weil man mir wiederholt den Wunsch ausgedrückt hat, die ausgestellten Gegenstände eingehend behandelt zu sehen. Ich werde mich dem fügen, und namentlich diejenigen Ausstellungsobjekte berücksichtigen, welche auf dem Markfeld selbst die lustwandelnde Menge am meisten fesseln. Damit ich hierbei aber nicht „den Senf nach dem Essen“ servire, will ich sogleich mit demselben anfangen. Nicht sowohl das in dem biblischen Gleichniß erwähnte Senfkorn, sondern die Maschinerie, die zu seiner Verarbeitung dient, ist der Gegenstand meiner Erörterung, und der volksthümlichen Wißbegier.

Beim Speisen in den Pariser Restaurants muß sich dem Deutschen die Beobachtung aufdrängen, daß er hier durchaus den lichtgelben Englischen Senf auf der Tafel sieht, nicht aber den bräunlichen Teig, den wir in Deutschland als Französischen Senf bezeichnen. Ich habe mir jagen lassen, daß der Englische Senf nicht nur schärfer, sondern auch gesünder ist, wie der sogenannte Französische, welcher letztere oft mit einem nicht ganz vorwurfsfreien Essig angemacht wird, während zum Anrühren eines guten Britischen Senfs wie ihn die Firma Colman vor den Augen der Weltausstellungsbesucher fabricirt, einfach Wasser genommen wird. Der kleine Pavillon in der Englischen Abtheilung, welcher diese Colman'sche Senfmühle enthält, ist stets von einer dichten Zuschauer Masse umringt, welche den interessanten Arbeiten der Maschinen zusehen und beobachten will, wie aus den rothbraunen Senfkörnern das grüngelbe Senfmehl gemacht wird. Uebrigens giebt es auch gelbe Senfkörner, welche ein noch helleres fast eigelbes Mehl ergeben. Was die Blicke des Publikums am meisten fesselt, das sind die selbstthätigen Apparate zum Stampfen und Sieben des Senfes. In einem stählernen Gestell etwa von der Höhe und der Breite einer mittleren Zimmerthüre sind vier stählerne Stempel neben einander angebracht, welche, sobald man die Dampfkraft auf sie wirken läßt, mit großer Wucht und Geschwindigkeit auf und niedergehen und das in dem stählernen, eiligen Mörser befindliche Senfmateriale zermalmen. Der so gestampfte Senf wird hierauf in die Siebmachine gebracht. Diese besteht aus vier tiefen Sieben eigenthümlicher Construction, welche durch den mechanischen Apparat in stark rüttelnder Bewegung verhalten werden. Das aus den Sieben fließende Produkt wird je nach der Farbe in runde Schalen gesammelt und es werden dann mit dem Mehl verschiedene Mischungen vorgenommen, je nachdem man eine Nuance von hellem oder dunklem, eigelbem oder grünlischem Senf wünscht.

Aus der Aufschrift des Pavillons ist zu ersehen, daß der Senf, welchen Königin Victoria, der Prinz von Wales, der Holländische Hof und die Italienische Königsfamilie genießen, von der an der Spitze ihres Geschäftszweiges stehenden Firma Colman geliefert wird. Allenthalben in der Ausstellung begegnet man Leuten, welche die hübschen gelbumbüllten blechernen Senfbüchsen dieser Firma mit dem Fabrikzeichen (Stierkopf) in der Hand halten, und die Anweisung lesen, daß dieser Senf nur mit kaltem Wasser angemacht wird, und keine Knollen giebt, sondern hübsch flüssig bleibt.

Die Ausstellungen haben überhaupt etwas Prophetisches an sich. Was da zunächst als Erzeugniß eines einzelnen Erfinders, als Spezial-Artikel eines einzigen Handelsgeschäfts erscheint, kann, wenn es sich als wirtschaftlich gut und practisch bewährt, binnen wenigen Jahren zum Gemeinbesitz von Tausenden werden. Der Ausstellungsbesucher thut einen Blick in die Zukunft und sieht, was die Summe der menschlichen Reichthümer oder Lebensbegehrlichkeiten um ein Namhaftes steigern wird. Die Beschleunigung dieses Ausbreitungsprozesses verdankt man verschiedenen commerciellen Tugenden, so z. B. die von mir schon mehrfach hervorgehobene Eigenschaft der großen Englischen Fabrikfirmen, den verschiedenen Absatzgebieten, denen sie sich zuwenden, durch aufrichtiges An-

schmiegen an die lokalen Geschmacksrichtungen und Bedürfnisse gerecht zu werden. Es ist mir stets erfreulich, dasselbe Streben an heimathlichen Firmen im Deutschen Reich und Oesterreich zu beobachten, so z. B. an der schon 1873 in Wien auf der Weltausstellung preisgekrönten Firma der Herren Thonet, deren Namen mit der Geschichte der Mitteleuropäischen Möbelindustrie untrennbar verwachsen ist. Der Fabricationszweig der gebogenen Stühle, der nun auch seine Absatzgebiete dies- und jenseits der Meere hat, ist eigentlich ein Propfreis vom Rhein, das in Oesterreich groß geworden ist und nun als mächtiger Baum seine Zweige, in Gestalt reicher Lager und thätiger Agenturen wieder nach dem Vaterland ausdehnt. Ursprünglich mehr von den öffentlichen Lokalen (Wiener Cafés u. dergl.) bevorzugt, haben sich die gebogenen Möbel dermaßen in die Haushaltungen eingebürgert, daß jetzt nur noch ein Zehntel der starken Production den Bier- und Kaffeehäusern u. dergl. zu Gute kommt. Dem entsprechend hat die Fabrication sich auch nach den Haushaltsbedürfnissen gerichtet, und niedliche Saloneinrichtungen, gebiegene Wohnzimmer-Möbeln und namentlich allerliebste Möbel für die Kinderstube geschaffen. Man sieht in Wien einen Kinderstuhl von anscheinend gar nicht sehr complicirter Bauart, der ganz leicht durch Handhaben einer Schraube aus einem niederen Lehnstühlen mit Tischchen auf dem das Kind spielen kann, zu einem großen Stuhl gemacht werden kann, auf welchem es mit den Eltern am Esstisch sitzt. Dann wieder kann man denselben Stuhl zu einem kleinen Rollwagen umwandeln, auf dem man das Baby herumfahren läßt.

Die Zahl der Thonet'schen Arbeiter ist 5,600 — ein kleines Armeecorps der Industrie! Ueberhaupt wäre eine Gruppe von Arbeitgebern, wie sie in Paris vielfach vertreten sind, wohl im Stande, eine so große Truppen-schau über Soldaten des gewerblichen Fortschritts abzuhalten, wie Marschall Mac Mahon gestern über die Nothhosen der Hauptstadt und Umgegend.

Die Soldaten des Geistes wurden unter dem Marschallstab Viktor Hugo's in dem Châtelet-Theater und im Saale der großen Orient-Loge, dann beim Banquet in dem neuen prächtigen Continental-Hôtel gemustert. Ich meine den literarischen Congress, der bessere Tage für die Schriftstellere Welt heraufzubeschwören redlich bemüht ist.

Auch der internationale Congress für Völkerrecht, welcher bald hier zusammentritt, wird sich mit dem Recht des Schriftstellers beschäftigen, und es scheint, daß der Poet nicht mehr zu kurz kommen will, wenn man die Welt neu vertheilen sollte.

Atteneischen.

Von Claire von Klüver.

(Fortsetzung.)

Als Gäste und Bräutigam gegangen waren und die Töchter der Mutter gute Nacht wünschten, sah Melanie mit Erstaunen, daß Mama Edith an sich zog, sie auf die Stirn küßte und ihr etwas zuflüsterte. Nach dem Aussehen der Beiden, als sie zum Thee kamen, hätte Melanie darauf wetten mögen, daß es zu unangenehmen Erörterungen zwischen ihnen gekommen war — nun aber diese Färllichkeit! Daß sie auch gerade zu fern stehen mußte, um Mama's Worte hören zu können!

Aber auch wenn sie dieselben gehört hätte, würde ihr wenig dadurch verständlich geworden sein.

„Du bist mein gutes Kind,“ sagte Adeline; „wirst thun, was ich von Dir verlange.“

„Gewiß, Mama, was mir möglich ist,“ antwortete Edith, von dem beinahe stehenden Ton der Mutter überrascht, und sie hatte damit nicht zu viel versprochen, denn Eckhardt aufzugeben, lag für sie nicht mehr im Bereich der Möglichkeit.

Am nächsten Morgen kam ihren Wünschen Unterstützung von einer Seite, woher sie dieselbe nie erwartet hätte.

Der Präsident von Besserode erschien, sich zu erkundigen, wie seiner verehrten Frau Schwägerin die gestrige Gesellschaft bekommen wäre. Er fand sie allein in ihrem Boudoir; Edith hatte als Ehrendame das Brautpaar begleiten müssen, und Melanie übte im Musiksaale die unvermeidlichen „Cloches du monastère.“

„Danke, lieber Schwager, es geht mir gut,“ antwortete Adeline mit matter Stimme auf die Frage des Präsidenten und reichte ihm matt die Hand. Er sah sie zweifelnd an.

„Ihre Hand brennt wie im Fieber,“ sagte er; sie fiel ihm in's Wort.

„Es ist nichts!“ versicherte sie; „bitte setzen Sie sich und lassen Sie uns plaudern. . . Ihre Gesellschaft war reizend.“

„Sie waren wieder da,“ antwortete der Präsident mit altmodischer Galanterie. „Ihr Wiedererscheinen in der Gesellschaft ist geradezu ein Ereigniß, das mit allgemeinem Jubel begrüßt wird. . . ich wollte, Sie hätten gehört, was Graf Röber, mein Bruder, Wolmersdorf,

